

PRESSEMITTEILUNG

Düsterer Ausblick für kommunale Finanzen in Sachsen-Anhalt

Die sachsen-anhaltinischen Kommunen haben 2024 wieder ein Defizit von 131 Millionen Euro verbucht. Steuern und Investitionen sinken, Kassenkredite steigen. Die Ursachen dieses Trendwechsels liegen in der hohen Inflation, der schwachen Konjunktur und stark steigenden Sozialausgaben. Auch der Ausblick ist negativ. Vor diesem Hintergrund zeigt die Bertelsmann Stiftung Möglichkeiten zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage auf.

Gütersloh, 30. Juli 2025. Die Finanzlage der sachsen-anhaltinischen Kommunen ist im vergangenen Jahr auf ein Minus von 131 Millionen Euro eingebrochen. Die Steuereinnahmen sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Die wichtigsten Ausgabearten wie Personal, Sachaufwand oder Soziales wachsen ungebremst. Das sind einige zentrale Ergebnisse des neuen „Kommunalen Finanzreports 2025“ der Bertelsmann Stiftung.

Auch der Ausblick für die kommenden Jahre ist pessimistisch. Die strukturellen Probleme zum Beispiel der Sozialausgaben sind ungelöst, die Inflation hat das Ausgabenniveau dauerhaft erhöht, die wirtschaftliche Entwicklung bleibt schwach. Brigitte Mohn, Vorständin der Bertelsmann Stiftung, sagt: „Das Defizit des Jahres 2024 markiert eine Zeitenwende, welche die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen nachhaltig infrage stellt. Kommunen schultern über 50 Prozent der öffentlichen Investitionen und sind wichtig für den sozialen Zusammenhalt. Wir brauchen eine Staatsreform, weil die Kommunen diese wichtigen Aufgaben sonst nicht mehr wahrnehmen können. Auch Bund und Länder müssen sich für eine dauerhafte Verbesserung der kommunalen Situation engagieren. Die Aufgaben für die Kommunen sind aufgrund der bundesgesetzlichen Regelungen zu aufwändig. Es braucht die eindeutige Finanzierungsverantwortung beim Bund.“

Ausgaben in Sachsen-Anhalt laufen davon

Eine Ursache für die schlechte Kassenlage ist die Entwicklung der Ausgaben, die allein 2024 im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozent zulegten. Die Personalausgaben sind binnen zehn Jahren um 60 Prozent gestiegen, was eine Folge des Stellenwachstums und hoher Tarifabschlüsse ist. Der laufende Sachaufwand erhöht sich auch durch die Inflation und stieg um ein Fünftel in zwei Jahren. Davon betroffen sind zum Beispiel die Ausgaben für Dienstleistende, Büroausstattung oder die Bewirtschaftung der Gebäude. Auch die Sozialausgaben in Sachsen-Anhalt verzeichneten binnen zwei Jahren einen Sprung um ein Viertel auf nunmehr 1,5 Milliarden Euro. Die Kommunen tragen viele soziale Aufgaben, die überwiegend bundesgesetzlich geregelt, aber oft nicht ausreichend vom Bund gegenfinanziert sind. „Die Kommunen brauchen daher eine höhere Kostenbeteiligung von Bund und Land“, sagt Kirsten Witte, Kommunalexpertin der Bertelsmann Stiftung.

Sachsen-Anhalts Investitionen sinken

Die Städte, Landkreise und Gemeinden sind verantwortlich für wichtige Infrastrukturen, die sowohl die Lebensqualität für Bürger:innen als auch die Standortqualität für Unternehmen definieren. Der Aus- und Umbau kommunaler Infrastrukturen ist auch für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels essenziell. Während die kommunalen Investitionen bundesweit im vergangenen Jahr einen Sprung auf einen neuen Rekordwert machten, sanken sie in Sachsen-

Anhalt 2024 um mehr als zehn Prozent. „Mit diesem Rückgang steht Sachsen-Anhalt im Ländervergleich allein. Die Kommunen fallen infrastrukturell immer weiter zurück“, sagt René Geißler, Mitautor der Studie und Professor für öffentliche Verwaltung an der Technischen Hochschule Wildau. Der Investitionsrückstand wächst und die Ausgaben werden durch besonders hohe Inflationsraten der Baubranche überlagert. Im regionalen Vergleich stehen die sachsen-anhaltinischen Kommunen mit dem Saarland am Ende. Die bayerischen Kommunen erreichen je Einwohner:in fast die doppelten Werte.

Steuern sinken infolge schwacher Konjunktur

Die lange Zeit hohe Wachstumsdynamik der kommunalen Steuern (von 2014 zu 2024 sind die kommunalen Steuereinnahmen bundesweit um 60 Prozent gestiegen) kam 2024 vor dem Hintergrund der schwachen wirtschaftlichen Lage zum Erliegen. Die Steuern in Sachsen-Anhalt sanken um fünf Prozent, was im Ländervergleich der schlechteste Wert ist. „Hintergrund ist die Gewerbesteuer, die besonders sensibel auf die wirtschaftliche Lage reagiert“, sagt Geißler. Im bundesweiten Vergleich der Steuereinnahmen zeigen sich die langfristig bekannten Muster: An der Spitze stehen Hessen, Bayern und Baden-Württemberg. Sachsen-Anhalt steht mit Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern abgeschlagen am Ende. Mit Blick auf die Steuern liegen vier der schwächsten Landkreise Deutschlands in Sachsen-Anhalt: Mansfeld-Südharz, Harz, Altmarkkreis Salzwedel, Jerichower Land.

Kassenkredite auf problematischem Niveau

Die Kassenkredite, der „kommunale Dispo-Kredit“, sind primär die Folge von Haushaltsdefiziten und gelten seit jeher als zentraler Krisenindikator. Sachsen-Anhalt gehört seit vielen Jahren zu den Regionen mit hoher Belastung. 2024 trat ein erneuter Sprung um ein Fünftel auf fast 1,3 Milliarden Euro auf. „Es ist selbst in den wirtschaftlich guten Jahren nicht gelungen, die Kommunen zu sanieren“, erklärt Geißler. Kassenkredite treten nahezu flächendeckend auf hohem Niveau auf. Besonders problematisch ist die Lage zum Beispiel in der Stadt Halle (Saale). Angesichts absehbarer Defizite werden die Kassenkredite weiter steigen.

Handlungsansätze zur Finanzierung der Transformation erforderlich

„Nicht nur hohe Defizite und ein bundesweiter Investitionsstau von 215 Milliarden Euro belasten die kommunalen Haushalte. Zusätzlich sind umfangreiche Investitionen in die Klimaanpassung der kommunalen Infrastruktur notwendig, um einen substanziellen Beitrag zur Minderung der Treibhausgase zu leisten“, betont Kirsten Witte. „Angesichts der aktuellen Finanzlage werden die Kommunen die dafür notwendigen Mittel nicht allein aufbringen können. Auch das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität wird diese Bedarfe nur teilweise decken. Deswegen sind weitere langfristige Ansätze zur Finanzierung notwendig“, fordert Witte. Der neue Kommunale Finanzreport 2025 zeigt dazu die Vor- und Nachteile verschiedener Ansätze auf, wie beispielsweise ein gemeinsames Bund-Länder-Sondervermögen oder ein privat-öffentlicher Zukunfts- und Transformationsfonds. Darüber hinaus bleibt es unerlässlich, dass die dauerhafte Unterfinanzierung der Kommunen durch langfristige Strukturformen behoben wird.

Zusatzinformationen:

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint seit 2008 alle zwei Jahre. Er untersucht die Kommunen der Flächenländer und basiert auf den jeweils aktuellen amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die Finanzlage im regionalen Vergleich anhand wichtiger Indikatoren darzustellen und Lösungsoptionen aufzuzeigen. Der Kommunale Finanzreport 2025 wurde in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) erarbeitet.

Ansprechpartner:innen:

Dr. Kirsten Witte, Telefon: 0173-5239924

E-Mail: kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 3893 7142

E-Mail: rene.geissler@th-wildau.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Programme: Bildung und Next Generation, Demokratie und Zusammenhalt, Digitalisierung und Gemeinwohl, Europas Zukunft, Gesundheit, Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de

